

Ingo Schmidt

Die Schulden der Welt können nicht zurückgezahlt werden

Eben noch erklärte der Bürger in prosperitätstrunknem Aufklärungsdünkel das Geld für leeren Wahn. Nur die Ware ist Geld. Nur das Geld ist Ware! gellt's jetzt über den Weltmarkt. Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schreit seine Seele nach Geld, dem einzigen Reichtum.

Karl Marx

Wenn Bankiers, Industrielle und ihre Lobbyisten von Schulden sprechen, meinen sie Staatsschulden. Wenn Politiker mächtiger Staaten von Schulden sprechen, meinen sie die Schulden weniger mächtiger Staaten. So treibt die geballte Macht von Geld und Politik Länder wie Irland, Griechenland und Italien an den Rand der Pleite, erzwingt Regierungswechsel und den Ausverkauf öffentlichen Vermögens an ausländische Gläubiger. Dass es in diesen Ländern ein Schuldenproblem gibt, steht außer Zweifel. Dies ist aber nicht nur ein Problem der öffentlichen sondern auch der privaten Verschuldung. Und: Andere Länder, darunter einige der Gläubiger Italiens und Griechenlands, stehen selbst noch viel tiefer in der Kreide.

2009, dem Jahr der Weltwirtschaftskrise, betrug das Verhältnis von Schulden zum Bruttoinlandsprodukt in Griechenland 243 Prozent, in Italien 315 Prozent. Darin sind nicht nur die Staatsschulden sondern auch die Schulden privater Industrieunternehmen, Finanzunternehmen und Haushalte enthalten. Mit anderen Worten: Um sich von ihren Schulden zu befreien, müsste die gesamte Wertschöpfung der griechischen Wirtschaft in den nächsten zweieinhalb Jahren in den Schuldendienst fließen. In Italien müsste mehr als drei Jahre ausschließlich für den Schuldenabbau gearbeitet werden. Das geht natürlich gar nicht. Selbst die Sparkommissare in Berlin, Brüssel und Paris wissen, dass wenigstens die aller notwendigsten Reparaturen an Kapitalstock und Infrastruktur vorgenommen werden müssen, wenn die Produktion nicht noch vor Rückzahlung der ausstehenden Schulden zum Stillstand kommen soll. Aus dem selben Grund müssen Arbeiter wenigstens einen minimalen Lohn erhalten und die Profite der griechischen und italienischen Kapitalisten sind ohnehin auf keiner Streichliste aufgeführt. Folglich kann die laufende Produktion nur teilweise dem Schuldenabbau

dienen. Auch der Verkauf des Tafelsilbers trägt hierzu nicht viel bei, weil der Markt für solches Silber in Zeiten der Schuldenkrise überfüllt ist und die Preise daher entsprechend niedrig sind. Dass alle Sparbemühungen wenig zum Schuldenabbau beitragen liegt natürlich auch daran, dass sie zu sinkender Nachfrage und damit einem weiteren Schrumpfen der Wirtschaft führen. Die Wertschöpfung, aus welcher der größte Teil des Schuldendienstes abgezweigt werden muss, geht zurück. Die Rezession 2009 fiel in Griechenland, nicht zuletzt wegen einer erheblichen Ausweitung der Staatsausgaben, mit -3.2 Prozent noch relativ milde aus. In Deutschland ging die Wertschöpfung um -5.1 Prozent zurück. Während die meisten Länder des kapitalistischen Nordens 2010 aber schon wieder leicht positive Wachstumsraten aufwiesen, zogen die von EU und IWF verordneten Sparprogramme die griechische Wirtschaft immer weiter nach unten, 2010 um -3,5 Prozent, für dieses Jahr werden -5,1 Prozent erwartet, für 2012 -2,8 Prozent. Es steht zu erwarten, dass diese Schätzungen noch weiter nach unten korrigiert werden.

Angesichts solch trüber Aussichten werden selbst in Gläubigerkreisen Forderungen nach einem Schuldenschnitt laut. Besser ein Teil der ausstehenden Kredite abschreiben und Tilgung und Zinsen auf den Rest einstecken als im Falle einer Staatspleite ganz leer auszugehen. Das letzte von der EU vereinbarte Rettungsprogramm für Griechenland bzw. seine Gläubiger sieht sogar schon einen Schuldenerlass von 50 Prozent vor. Konkret ist diesbezüglich, im Gegensatz zu den ebenfalls vereinbarten Sparauflagen, aber noch nichts. Das liegt zum einen daran, dass die privaten Gläubiger noch um Beihilfen aus Merkels und Sarkozys Staatssäckel feilschen. Sofern ihnen dies gelingt, verwandelt sich der geplante Schuldenerlass in eine Umlenkung des Schuldendienstes von Griechenland zu den Steuerzahlen Deutschlands und Frankreichs – zum Nutzen von Deutscher Bank, Société Générale & Co. Mit entsprechenden Forderungen schaffen die Bankiers genau die Schuldnerhaftung innerhalb der Euro-Zone, die es nach dem Vertrag von Maastricht – dem Konstruktionsplan der Europäischen Währungsunion – gar nicht geben dürfte und gegen die rechtspopulistische Politiker eifrig anschreien. Das Finanzkapital, das Europa im Namen von Freihandel und Demokratie seit den 1980er Jahren gestaltet hat, leistet somit einem Rechtspopulismus Vorschub, der die Schuldenübertragung von einem Land aufs andere im Namen nationaler Selbstbehauptung zu unterbinden verspricht.

Ein aussichtsloses Unterfangen. Im Vergleich mit den Gesamtschulden, die in den Jahrzehnten des neoliberalen Kapitalismus aufgelaufen sind, nehmen

sich die Staatsschulden Griechenlands und Italiens nämlich eher bescheiden aus. Nur ein paar Zahlen: In Japan betragen die Schulden im Verhältnis zum BIP 2009 471 Prozent, in Britannien waren es 466 Prozent, darunter 194 Prozent Schulden des Finanzsektors, in Frankreich 323 Prozent, in den USA 296 Prozent und in Deutschland 285 Prozent. Zur Erinnerung: In Griechenland waren es 243 Prozent. Wirft man jetzt noch einen Blick auf das Wachsen dieses Schuldenberges im Zeitablauf wird klar, dass dieser Berg nicht abgetragen werden kann. 1980, zu Beginn des neoliberalen Zeitalters, betrug die Gesamtverschuldung in Japan 244 Prozent, zehn Jahre später waren es bereits 391 Prozent, seit Anfang der 1990er Jahre stagniert die japanische Wirtschaft aber der Schuldenberg ist auf die bereits erwähnten 471 Prozent angewachsen. Statt Schuldenabbau ist es im letzten Jahrzehnt zu einer Umverteilung der Schulden gekommen. Während private Haushalte, Industrie und Finanzunternehmen ihren Anteil an der Gesamtschuld senken konnten, ist der Anteil der Staatsschuld beständig gestiegen.

Ein anderes Beispiel: China hatte in den zwanzig Jahren der japanischen Stagnation Wachstumsraten zwischen 7 und 14 Prozent aufzuweisen. Selbst dieser Wachstumsweltrekord hat gerade mal ausgereicht, die Schulden nicht weiter ansteigen zu lassen. Im Jahre 2000 lagen sie bei 156 Prozent gemessen am BIP, 2009 waren es 159 Prozent. Im Vergleich zu anderen Ländern immer noch ein bescheidener Wert. Berücksichtigt man allerdings, dass China erst in den 1980ern den langen Marsch in den Kapitalismus angetreten hat, als die Altkapitalisten in anderen Ländern ihren Grundstock zur Schuldenakkumulation bereits gelegt hatten, erscheinen auch diese 159 Prozent in einem anderen Licht.

Wie man es auch dreht und wendet: Im neoliberalen Kapitalismus wird von Schuldenabbau geredet und Schuldenaufbau praktiziert. Solange es an der Börse aufwärts ging, konnte diese Tatsache noch verschleiert bzw. schöngeredet werden. Je mehr Kredit einer aufnahm umso mehr Wertpapiere konnte er kaufen. Steigende Börsenkurse galten als Beleg wachsenden Reichtums. Dass die Erhöhung der Wertpapierpreise in erster Linie Folge der kreditfinanzierten Nachfrage nach diesen Papieren und bestenfalls in zweiter Linie Ausdruck steigender Wertschöpfung waren, störte im Eifer des Börsengefechts niemanden. Schuldendienst? Kein Problem. Der steigende Wert des Börsenvermögens konnte ja beliehen und mit dem so beschafften Geld jeder Zahlungsanspruch befriedigt werden – bis einigen Banken die Sache doch zu heiß wurde und sie für weitere Kredite höhere Zinsen verlangten. Da brach die Nachfrage nach Krediten zur Finanzierung von Wertpapierkäufen ein. Die Bereitschaft der Banken zur Vergabe von Krediten

ebenso. Auf einmal stellten Kreditnehmer – seien es nun private Unternehmen, Haushalte oder der Staat – fest, dass ihre Vermögen und Einkommen keinesfalls ausreichen, um ihren anstehenden Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Diese Erkenntnis kam mit dem Beginn der Krise, als die Einkommen sanken und Versuche, durch Vermögensverkäufe Geld für den Schuldendienst zu beschaffen, scheiterten, weil auf einmal alle Welt irgendwelchen Vermögensramsches zu verscherbeln suchte. Nur die beherzte Aufnahme neuer Kredite durch Vater Staat und das damit gegebene Versprechen, ausstehende Kredite bei Bedarf aus Steuermitteln zu bedienen, konnten den totalen Absturz der Weltwirtschaft verhindern bzw. die Wirtschaftskrise auf einige kleinere Länder, wie z. B. Griechenland, beschränken.

Nun steht die erschütterte Macht von Geld und Politik da, weiß, dass die Ausweitung von Sparprogrammen à la Griechenland auf die gesamte Welt die Wirtschaft dieser Welt zum Zusammenbruch führen würde, weiß aber auch sonst nicht so recht weiter. Einige Verwegene träumen von einer neuen Börsenrally. Die Umwandlung von Staatsschulden in handelbare Wertpapiere, wie sie im Zusammenhang mit dem Euro-Rettungsschirm unter dem Namen „Hebelung“ diskutiert wurde, deutet in diese Richtung. Aber die Stimmung ist nicht nach Party. Die meisten Anleger tragen ihr Geld, das mit Staatskredit und –bürgschaften gerettet wurde, vom Börsenparkett in den Chillout Room. Ein paar unentwegte Keynesianer wünschen sich etwas Inflation, um die Schulden auf kaltem Weg abzubauen. Da werden die Anleger im Chillout Room aber schnell wach und fordern von der Geldpolitik die Verteidigung des Geldwertes; wo doch der Gesamtwert ihres Vermögens schon so schrecklich unter der Krise gelitten hat. Wenn sie schon bei den geringen Wertverlusten, die Inflationsraten um die 5 Prozent mit sich bringen würden, Zeter und Mordio schreien, ist mit ihrer Zustimmung zu weitergehenden Schuldenschnitten schon gar nicht zu rechnen. Eher frieren sie ihr Vermögen ganz ein, sprich: ziehen es aus dem Finanzkreislauf zurück, als dass sie es von Finanzministern beschneiden lassen. Außerhalb dieses Kreislaufs, der immerhin auch den Zugang zum jährlich produzierten Mehrwert eröffnet, sind diese Vermögen zwar auch nichts wert aber soweit im voraus mögen verunsicherte Investoren gar nicht denken.

Der Rest der Gesellschaft könnte es ja mal drauf ankommen lassen. Wenn der private Finanzkreislauf im besten Fall unverlässlich ist, im schlimmsten Fall zusammenbricht und die reale Wertschöpfung unter einem Haufen wertlos gewordener Wertpapiere begräbt, ist es Zeit, eine Wirtschaft unabhängig von privaten Finanzvermögen zu bauen. Ein erster Schritt dahin

bestünde in der Vergesellschaftung des Finanzsektors, so dass der Zugang zu Finanzmitteln für Investitionen in gesellschaftlich als notwendig befundene Wirtschaftszweige nicht mehr von Profithoffnungen und Absturzängsten privater Vermögensbesitzer abhängt. Das Problem dabei: Teile der Arbeiterklasse, insbesondere in den angelsächsischen Ländern, in denen Rentenbeiträge vollständig in den Finanzmarkt fließen, werden von einer Sozialisierung des Finanzsystems ebenso wenig begeistert sein wie die oberen Zehntausend. Wer Rentenkürzungen im Namen des Sozialismus verhindern, an der Idee eines Schuldenschnitts aber festhalten will, muss auch über die gerechte Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums diskutieren. Sozialismus in einem Sektor, und sei er so zentral wie der Finanzsektor, wird nicht funktionieren. Es sei denn als Einstieg in eine sozialistische Gestaltung von Produktion und Verteilung gesellschaftlich notwendiger Güter und Dienstleistungen. Bis der Weg dorthin gefunden ist, hängt das Damoklesschwert der nächsten Finanzkrise über Athen, Rom und dem Rest der Welt.